

halb von Populationen, die bei hohen Aggregationen verloren gehen. Die Lebenslaufansätze erlauben die Modellierung von Wechselwirkungen beruflicher und privater Lebensbereiche in ihrer zeitlichen Dynamik und tragen maßgeblich zu einem Verständnis des Aufschubs der Familienplanung bei, welcher wiederum den Geburtenrückgang mitbewirkt. Hilfreich sind ebenso Erkenntnisse über die Paarinteraktion. Auch können manche Mikrostudien die Wirkungsweise einzelner Makrovariablen fundiert rekonstruieren. Jedoch sind vergleichbare Mikrodaten für den Ländervergleich nicht in ausreichendem Maß vorhanden, daher ist für die systematische Analyse von gesellschaftlichen, ökonomischen, institutionellen und politischen Faktoren auf die Fertilität die Makroebene vorteilhaft (vgl. 4.2 und 7.4). Übereinstimmend kommen viele Makroanalysen zu dem Ergebnis, dass der Beginn und die ersten Jahrzehnte des Zweiten Geburtenrückgangs mit diversen Modernisierungsindikatoren zusammenhängen, besonders wird die zunehmende Beteiligung von Frauen in tertiärer Bildung und auf dem Arbeitsmarkt betont. In dieser Phase korreliert die TFR im internationalen Vergleich positiv mit der Katholikenquote und negativ mit dem Gebrauch von modernen Kontrazeptiva, letzteres ist in der Interpretation umstritten. In den 1980er Jahren haben sich viele Zusammenhänge gedreht, seitdem ist die Geburtenrate bei hoher Frauenerwerbstätigkeit, familienfreundlicher Infrastruktur, niedriger Arbeitslosigkeit, modernem Arbeitsmarkt und in protestantischen Ländern am höchsten. Die Befunde über die zunehmend analysierte Wirkung von Familienpolitik werden im nächsten Abschnitt dargestellt.

1.2.4 Familienpolitische Ansätze und die Kontroverse über die politische Beeinflussbarkeit

„Es hat den Anschein, als könnten die Geburtenzahlen nicht dauerhaft durch staatliche Maßnahmen erhöht werden. (...) Familien- oder Bevölkerungspolitik kann nicht den Zeitgeist, die kollektive Vorstellung über die gewünschte Familiengröße oder eben den Verzicht auf Familie, wandeln.“ (Höhn 1998:75)

„Die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen in Hinblick auf eine Erhöhung der Geburtenrate ist umstritten.“ (Kaufmann 2005:184)

Seit Jahrzehnten wird die Frage, ob politische Maßnahmen einen Einfluss auf die Geburtenrate haben, in der Fachliteratur kontrovers diskutiert. Im öffentlichen und politischen Diskurs wird diese wissenschaftliche Fragestellung nicht selten mit der normativen Frage vermischt, ob eine solche Einflussnahme ethisch vertretbar sei (vgl. 8.1). Bei der Analyse des politischen Einflusses auf das generative Verhalten ist zu beachten, dass es eine Wirkung unabhängig davon geben kann, ob die Maßnahme bevölkerungspolitische Motive hat oder nicht (vgl. Höhn 1989).

Aufgrund der im internationalen Vergleich besonders niedrigen Geburtenrate in der BRD in den 1970er Jahren gibt es in dieser Zeit viele deutschsprachige Forschungen zum Einfluss der Politik auf die TFR. Schubnell (1975) analysiert staatliche Regelungen hinsichtlich von Eherecht, Verhütung und Abtreibung, wirtschaftliche Hilfen sowie Zugang von Frauen zu Bildung und Arbeitsmarkt mit dem Ergebnis, dass der Einfluss gering, ambivalent und schwer nachzuweisen ist. Wingen (1977) betont die politisch beeinflussbaren Lebensumstände als wichtigen Handlungsrahmen für das individuelle generative Verhalten. Besonders Interesse liegt in den 1980er Jahren am BRD-DDR-Vergleich aufgrund des Geburtenanstiegs Ende der 1970er Jahre in der DDR. Dinkel (1984) belegt anhand von Kohortenanalysen den Erfolg der pronatalistischen DDR-Maßnahmen von 1976, insbesondere der Wohnungs- und Arbeitsmarktbegünstigungen, während Höhn (1984:218) überwiegend Mitnahme- und Vorzieheffekte konstatiert und den langfristigen Effekt auf eine Erhöhung der CFR von nur 0,1 schätzt.

Eine weitgehende Analyse von bevölkerungs- und familienpolitischen Maßnahmen unternehmen Höhn und Schubnell (1986) anhand von Fallstudien sieben west- und osteuropäischer Länder, wobei die Wirkung einzelner Maßnahmen im komplexen Geflecht rechtlicher, materieller und institutioneller Rahmenbedingungen für die Autoren nicht bestimmbar ist. Im Ergebnis bewerten sie die etablierte und umfangreiche pronatalistische Bevölkerungspolitik Frankreichs als leicht erfolgreich⁴¹, während sie für die Familienförderungen Österreichs mit finanziellem sowie Schwedens mit infrastrukturellem Schwerpunkt keinen geburtensteigernden, jedoch möglicherweise einen den Rückgang bremsenden Effekt sehen. Der geburtenerhöhende Effekt der bevölkerungspolitischen Maßnahmen der DDR der Jahre 1972, 1976, 1979 und 1984 ist dieser Studie nach gering, da „der spektakuläre Geburtenanstieg“ zum Teil auf „Vorzieheffekten“ (ibid.:192) beruht. Den exorbitanten Anstieg der TFR von 1,9 auf 3,7 innerhalb eines Jahres in Rumänien führt die Studie auf drakonische Zwangsmaßnahmen wie das Abtreibungs- und Scheidungsverbot 1966 zurück, wobei der Effekt sich in den Folgejahren reduzierte. Die Wirkung der vielen unterschiedlichen und reaktiven Maßnahmen Ungarns und der Tschechoslowakei sind den Autoren nach schwer nachweisbar (vgl. Demeny 1986:350). Coleman (2004:27) betont, dass die pronatalistischen Erfolge in Osteuropa in einer unfreien Umgebung entstanden und nicht übertragbar sind. Insgesamt bewerten Höhn und Schubnell die Ergebnisse hinsichtlich der Geburtenrate als „ernüchternd“ (Höhn 1998:75), da selbst die Erfolge einiger Länder langfristig im Verhältnis zu dem teilweise hohen finanziellen Aufwand gering sind, betonen aber auch die positive sozialpolitische Wirkung. Auch Rosenstiel et al. (1986:160) schließen aus ihren psychologischen

41 Die Autoren zitieren die Schätzung des französischen Demografen Calot, der die Wirkung auf 0,2 bis 0,3 Kinder pro Frau schätzt (Höhn & Schubnell 1986:33).

Forschungen zum generativen Verhalten, dass pronatalistische Anreize „kaum Chancen“ haben.

Kaufmann charakterisiert Familien zwar als grundsätzlich politikresistente Sozialgebilde, weist aber auch auf die Einbettung familiärer Entscheidungen in staatliche (und wirtschaftliche) Rahmenbedingungen hin, die in ihrer Gesamtheit eine „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie“ (Kaufmann 1990:132ff) darstellen. In einem methodenkritischen Überblick über „Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozess“ weisen Kaufmann et al. (1992) darauf hin, dass die häufig gefundenen Nullbefunde teilweise auf der nicht ausreichenden Komplexität der Wirkungsmodelle beruhen (ibid.:43) und dass an Entwicklungen wie der „Pluralisierung familialer Lebensformen“ und dem Geburtenrückgang auch Politiken in Bereichen wie Bildung, Mutterschutz, Kindergärten sowie Arbeits-, Steuer- und Eherecht Anteil haben (ibid.:84, für das Arbeitsrecht weist dies Murphy 1993⁴² nach). Kaufmanns Fokus liegt im Unterschied zu vielen anderen Studien weniger auf der Analyse pronatalistischer Maßnahmen, als auf den Wirkungen der Gesamtheit der familienpolitischen (i. w. S.) Rahmenbedingungen. Ein Jahrzehnt später bezeichnet er das Forschungsfeld der europäischen Familienpolitik als schwach strukturiert (Kaufmann 2002:421ff). Anhand von Rangreihen der EU-15-Staaten zeigt er, dass der Ausgabenanteil für Familien an den gesamten Sozialausgaben positiv und der Anteil für Alterssicherung negativ mit der TFR korreliert (Kaufmann 1990:154, 1995:193, 2002:445f), was er zwar nicht als Kausalität, jedoch als Hinweis auf eine Wirkung der Familienpolitik interpretiert. Als weiteren Hinweis führt er den Fall Frankreich an (Kaufmann 1988:42). Auch Jahre später konstatiert er eine Umstrittenheit der familienpolitischen Beeinflussbarkeit der Geburtenrate im wissenschaftlichen Diskurs (Kaufmann 2005:184).

Der dramatische Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung⁴³ wird von vielen Autoren durch Verunsicherung infolge des Transformationsprozesses, ökonomische Gründe und den Anstieg des MAC auf das westdeutsche Niveau erklärt, wobei Umfragen im Ost/West-Vergleich den negativen Effekt von ökonomischen Bedingungen und Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland belegen (Höhn 1998:99ff)⁴⁴. Niephaus (2001) versucht den Institutionentransfer

42 Murphy zeigt, dass der Equal Pay Act Großbritanniens von 1971 zu einer Angleichung der Lohnrelation zwischen Frauen und Männern beigetragen hat, was sich auf einen Rückgang der Geburten auswirkte.

43 Die TFR fiel von 1,52 im Jahr 1990 auf den Tiefstand 0,77 im Jahr 1994. Dieser Wert ist die niedrigste jemals weltweit gemessene TFR.

44 Als Gründe für den Geburtenrückgang nannten 78% der Ostdeutschen (44% der Westdeutschen) Arbeitslosigkeit und 61% (48%) Kosten, während in Westdeutschland der Wunsch bequemer zu Leben am häufigsten genannt wird. Siehe Family and Fertility Survey (Höhn 1998:106).

als Ursache nachzuweisen, wonach die bundesdeutschen Institutionen und ihre Leitidee der männlichen Ernährerehe mit dem Anspruch der ostdeutschen Frauen auf Erwerbstätigkeit unvereinbar sind.

Aufgrund der Erkenntnis des positiv gewordenen Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbsquote und TFR (vgl. 1.2.3) und da auch für den internationalen Vergleich notwendige Daten in zunehmendem Maße durch Organisationen wie die OECD vorliegen, gibt es seit der Jahrhundertwende mehrere Studien über den Einfluss von Familienpolitik und Arbeitsmarkt auf die TFR im internationalen Vergleich (u. a. Adserà 2004, Blanchet & Ekert-Jaffé 1994, Bonoli 2008, Büchner et al. 2006, Castles 2003, d'Addio & d'Ercole 2005, Gauthier & Hatzius 1997, Gustafsson et al. 1996, Jaumotte 2003, Kaufmann 2002, Sleebos 2003). Auch gibt es viele Länderstudien, insbesondere von Deutschland, USA und skandinavischen Staaten (Grant et al. 2004, Ostner & Schmitt 2008, zum Überblick siehe: Gauthier 2007, Meier 2005, Neyer 2003, Sleebos 2003:49ff). Im Folgenden werden Befunde des internationalen Vergleichs hinsichtlich verschiedener Policybereiche dargestellt:

Der Effekt von Transferleistungen für Familien auf die TFR zeigt sich als sehr gering, dazu erschwert die Heterogenität dieser Transfers die vergleichende Analyse (vgl. Gauthier 1996a). Einen signifikanten, jedoch geringen Effekt weisen Gauthier und Hatzius (1997) nach, demnach erhöht eine Kindergelderhöhung um 25% die TFR kurzfristig um 0,01 und langfristig um 0,07. Einen leicht positiven Zusammenhang finden auch andere Autoren (Adserà 2004, Blanchet & Ekert-Jaffé 1994, Bonoli 2008, Sleebos 2003), ambivalent sind die Ergebnisse von d'Addio und d'Ercole (2005). Einen starken Zusammenhang zwischen der Familienausgabenquote⁴⁵ und der TFR belegen mehrere Untersuchungen (Adserà 2004, Kaufmann 1990, 1995, 2002). Esping-Andersen (1999:70) identifiziert einen starken Effekt der Relation von Dienstleistungs- zu Transferausgaben auf die TFR. Anhand von Event-History-Analysen ist der Einfluss der schwedischen „Beschleunigungsprämie“ des Elterngelds auf das schnellere Timing von Zweitgeburten im Kohortenvergleich nachweisbar (Neyer & Andersson 2008).

Einen positiven Effekt von Kinderbetreuungseinrichtungen belegen mehrere Studien im internationalen Vergleich (Castles 2003, d'Addio & d'Ercole 2005, Sleebos 2003), partiell auch Länderanalysen Deutschlands (Hank, Kreyenfeld & Spieß 2003) und der Schweiz (Bonoli 2008). Die Effekte sind widersprüchlich, bei Castles ist der Effekt nur für die Kinderbetreuung unter 3-jähriger und unter Einbeziehung der privaten Einrichtungen signifikant, bei Hank et al. nur die Versorgungsquote von Kindergärten in Ostdeutschland. Die Kinderbetreuung ist in den OECD-Ländern sehr heterogen hinsichtlich von Trägern, Deckungsquote,

45 Kaufmann berechnet die Familienausgaben in Relation zu den Sozial- bzw. Rentenausgaben, während Adserà als Nenner das Sozialprodukt wählt.

Öffnungszeiten, Qualität und Kosten, wobei die Datenprobleme sich inzwischen etwas verringert haben (Immervoll & Barber 2005), Längsschnittdaten jedoch weiterhin fehlen (d'Addio & d'Ercole 2005:66).

Hinsichtlich der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zeigen OECD-Studien, dass es große Unterschiede zwischen aktuellen und den präferierten Arbeitsmustern bei Eltern mit unter 6-jährigen Kindern gibt mit dem Ergebnis, dass Frauen zu 38% nicht arbeiten, obwohl dies nur 10% präferieren (OECD 2001c). Gustafsson et al. (1996) zeigen anhand monatlicher Paneldaten, dass die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, die vor der Geburt von Kindern in Deutschland sogar leicht höher als in Schweden ist, zwei Jahre nach der Geburt in Schweden etwa doppelt so hoch wie in Deutschland ist, was die Autoren auf Unterschiede in der Familienpolitik zurückführen.⁴⁶

Der mehrere Arbeitsmarktindikatoren beinhaltende Vereinbarkeitsindex der OECD (2001a) korreliert im Ländervergleich nur leicht positiv mit der TFR (Sleeboos 2003). Rigide Arbeitsmarktregelungen (gemessen durch den EPL-Indikator, vgl. OECD 2008a) haben gemäß Adserà (2004) einen negativen Einfluss, der jedoch stark mit der Arbeitslosenquote korreliert. Zu der Wirkung von Mutterschutz⁴⁷ gibt es unterschiedliche Ergebnisse, nach Castles (2003) sowie Gauthier und Hatzius (1997) haben weder Länge noch Höhe einen signifikanten Einfluss auf die TFR, während Adserà (2004) einen signifikanten positiven Effekt nachweist. D'Addio und d'Ercole (2005) belegen einen negativen Effekt der Dauer der Elternzeit auf die TFR. Nach Jaumotte (2003) wirkt der Effekt von Elterngeld ab einer Länge von 20 Wochen negativ auf die Frauenerwerbsquote. Aufgrund von Wirkungsanalysen mit einem Mikrosimulationsmodell, Literaturanalysen und Expertenbefragungen kommt eine DIW-Studie (Büchner et al. 2006) zum Befund, dass das Elterngeld zwar kurzfristig die TFR eher dämpft, sie langfristig aber einen geburtenfördernden Effekt hat. Adserà (2004) findet ab Mitte der 1970er Jahre einen positiven Zusammenhang der öffentlichen Beschäftigungsquote mit der TFR, wobei eine U-Kurve den Zusammenhang noch besser beschreibt.⁴⁸ Für Teilzeitarbeit finden Castles (2003) sowie Esping-Andersen

46 Die Daten beziehen sich auf die Jahre 1980-1992. 24 Monate nach der Geburt des ersten Kindes sind 52% der deutschen, 60% der britischen und 22% der schwedischen Mütter nicht erwerbstätig, beim zweiten und dritten Kind vergrößern sich die Unterschiede sogar (73%, 55% und 29%).

47 Die Abgrenzung von Mutterschutz und Elterngeld ist nicht immer einfach (vgl. Sleeboos 2003:40). Es werden viele unterschiedliche Begriffe verwendet, im Englischen Maternity Leave, Childcare Leave oder Parental Leave, im Deutschen Mutterschutz, Erziehungsurlaub, Elternzeit oder Elterngeld. Auch variieren die Definitionen hinsichtlich der Inklusion des Mannes und ob die Beurlaubung bezahlt ist.

48 Einige Staaten mit geringerem öffentlichem Sektor wie die angelsächsischen Staaten haben eine relativ hohe TFR. Scheinbar kompensieren sie die Arbeitsmarktvorteile, die die

(1999) einen minimal positiven und d'Addio & d'Ercole (2005) einen signifikant positiven, während Adserà (2004) einen negativen Effekt auf die TFR findet, wobei bei der Interpretation zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Teilzeitarbeit unterschieden werden muss. Der Effekt flexibler Arbeitszeiten ist nach Castles (2003) signifikant positiv.

International vergleichende Studien gibt es kaum hinsichtlich des Einflusses des familiennormierenden Rechts auf die TFR. Für die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen zeigt Jaumotte (2003), dass eine neutrale Besteuerung der Zweitverdiener diese um durchschnittlich 3,9 Prozent erhöht. Nach Umfragen der PPAS geben in den EU-Ländern im Durchschnitt fast 20% der Menschen an, bei erwünschten familienpolitischen Verbesserungen sich für ein zusätzliches Kind zu entscheiden (Fokkema & Esveldt 2006:77ff).⁴⁹

Die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien verweisen überwiegend auf positive Effekte von Kinderbetreuungseinrichtungen und Familienausgabenquoten auf die Geburtenrate, wobei für Kindergeld und Teilzeitarbeit sowohl positive als auch Null-Befunde vorliegen. Einen Kausalschluss lassen die Ergebnisse jedoch nicht zu, das Wissen über Policyeffekte ist noch gering, zum Teil widersprüchlich, und der Effekt potenziell intervenierender Variablen sowie die theoretische Mikrofundierung sind meist nur unzureichend berücksichtigt. Auch wenn es gelegentlich kurzfristige Effekte gibt, entstehen generative Verhaltensänderungen meist erst nach vielen Jahren und im Zusammenspiel mit vielen anderen Faktoren.⁵⁰ Dazu kommt, dass politische Maßnahmen vielfach Timingeffekte bewirken, die sich kurzfristig in der TFR, jedoch nicht in der CFR manifestieren (vgl. Gauthier 2008, Höhn & Schubnell 1986, Neyer & Andersson 2008). Auch korrelieren viele Determinanten untereinander sehr hoch, beispielsweise Kinderbetreuung und öffentliche Beschäftigungsquote.

International vergleichende Studien anhand von Aggregatdaten werden von einigen Autoren aus methodologischen Gründen kritisiert (Hoem 2008:253; Neyer & Andersson 2008:707, dagegen: Castles 1998:264, Lesthaeghe 1995:34). Hoem verweist auf die Problematik von Kausalitätszuschreibungen. Neyer und Andersson begründen ihre Kritik an Makroanalysen mit dem Verweis auf intervenierende Faktoren, dem fehlenden Blick auf Wirkungsmechanismen, der fehlenden Differenzierung der Wirkung seitens der abhängigen Variablen, da die in

Staaten mit einem hohen öffentlichen Sektor haben, durch die Flexibilität ihrer Arbeitsmärkte.

- 49 Der potenzielle Effekt auf die TFR wäre durchschnittlich +0,145 (ibid.:94), die Ländervariation ist enorm. Das Bedeutsame an diesen Befunden ist die identifizierte Bereitschaft, das generative Verhalten infolge von Familienpolitik zu verändern. Allerdings ist die externe Validität dieser Intentionen v. a. hinsichtlich von Prognosen nicht gegeben.
- 50 Ein Wirkungsmodell der Familienpolitik auf die TFR mit kulturellen und Mikro-Faktoren siehe Strohmeier 2002:351.

Makrodesigns überwiegend betrachtete TFR keinen Einblick auf paritäts- und gruppenspezifische Wirkungen ermöglicht, und die fehlende Verbindung zu gesellschaftlichen Variablen. Diese Kritikpunkte verweisen einerseits auf Grenzen von Makrostudien, insbesondere das Argument bezüglich der abhängigen Variablen, andererseits jedoch wie bei den intervenierenden Faktoren auf methodisch potenziell lösbare Herausforderungen. Die Unterscheidung von Gauthier (2007:331) zwischen bivariaten und multivariaten Untersuchungsdesigns ist von grundlegender Bedeutung gegenüber einigen dieser Kritikpunkte.

„The history of demographic policy impact research is no history of success yet. Does family policy matter? There is no simple answer to this question although there are correlations between national family policy profiles (...) and demographic indicators.“ (Strohmeier 2002:321)

„Es darf als sicher gelten, dass politische Maßnahmen das Reproduktionsverhalten von Menschen (positiv oder negativ) beeinflussen können.“ (Rürup & Schmidt 2003:41)

„(...) the impact of family policies on fertility (...) tends to be small and also to vary highly depending on the type of data used and on the type of policies.“ (Gauthier 2007:342)

Im Vergleich zur überwiegend skeptischen Sicht in den 1980er Jahren hinsichtlich einer politischen Beeinflussbarkeit der Geburtenrate sind inzwischen einige Autoren optimistischer. Eine familienpolitische Beeinflussbarkeit der Geburtenrate, insbesondere durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, attestieren mehrere Autoren (u. a. Beck-Gernsheim 2006:146ff, Bonoli 2008:74, Castles 2004:141, Fenge & Ochel 2001:17, Gerlach 2004:336, Letablier 2004:245, Neyer 2003:32), aber auch die beiden Familienministerinnen Schmidt (Rürup & Schmidt 2003:41) und von der Leyen (BMFSFJ 2007b⁵¹). Andererseits weisen auch viele Autoren auf die Umstrittenheit und Grenzen der bisherigen Forschungsergebnisse hin (u. a. Gauthier 2007, Höhn et al. 2006:61, Kaufmann 2005:184), u. a. auf methodologische Probleme (u. a. Hoem 2008, Neyer & Andersson 2008), auf die Grenzen des familienpolitischen Einflusses (u. a. Birg 2003b:64ff) oder auf die Bedeutung des länderspezifischen Kontexts (u. a. Grant et al. 2004:136).

Den aktuellen Forschungsstand kann man dahingehend zusammenfassen, dass es einige Hinweise für einen Einfluss der Familienpolitik auf die Geburtenrate gibt und dass der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Schlüsselrolle zukommt. Der Einfluss beruht jedoch auf sehr komplexen Wechselwirkungen und ist teilweise ambivalent. Betreuungsinfrastruktur, flexible Arbeitsmärkte und fi-

51 In dieser vom BMFSFJ zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und dem BDI herausgegebenen Studie werden Wachstumseffekte der gegenwärtigen „bevölkerungsorientierten Familienpolitik“ (BMFSFJ 2007b:1) berechnet, wofür eine Anhebung der TFR auf dauerhaft 1,7 bis 2014 angenommen wird (ibid:17). Diese Annahme wird mit Politikmaßnahmen wie u. a. Kinderbetreuung und Elterngeld verbunden mit dem die gegenwärtige TFR übertreffenden Kinderwunsch begründet.

nanzielle Unterstützungen wirken erstens im Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen und Kontextfaktoren unterschiedlich, zweitens nur im jeweiligen zeitlichen und räumlichen Kontext, drittens auch innerhalb von Ländern differenziert je nach Beruf, Bildungsstand und Präferenzstruktur, viertens auf Fertilitätsmaße wie TFR, CFR, MAC und Paritäten unterschiedlich und fünftens sind Verhaltensänderungen langfristiger Natur.

1.3 Forschungsfragen

Wissenschaftliche Erklärungsversuche für den Zweiten Geburtenrückgang sind vielfach unternommen worden, wobei mehrere wichtige Zusammenhänge – theoretisch wie empirisch – bereits aufgezeigt wurden. Dabei spielen Faktoren wie gesellschaftliche Modernisierung, ökonomische Entwicklung, Frauenemanzipation, Präventivtechnik und Wertewandel, aber auch der Einfluss der Politik eine unterschiedlich starke Rolle. Jedoch haben sich bisher nur für Teilbereiche empirisch bewährte Erklärungsmuster herauskristallisiert, eine umfassende (in Hinblick auf die Zeitdimension, die betroffenen Länder und die Determinantenvielfalt) und empirisch überprüfte Erklärung des Gesamtphänomens Zweiter Geburtenrückgang steht noch aus. Eine solche versucht diese Untersuchung zu leisten, wobei die folgenden fünf Fragen forschungsleitend sind:

1. Welche gesellschaftlichen, ökonomischen, technologischen, demografischen und politischen Rahmenbedingungen können die Entwicklung der Geburtenrate in den OECD-Ländern in den letzten vier Jahrzehnten erklären?
2. Haben sich die relative Bedeutung, das Zusammenspiel und die Wirkungsweise der Determinanten über die Zeit verändert und wenn ja, warum?
3. Welche Entwicklungen oder Veränderungen haben den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs ausgelöst?
4. Wodurch lässt sich der gegenwärtige Unterschied der TFR in den OECD-Ländern erklären?
5. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen den Staaten? Lassen sich generative Länderfamilien identifizieren?

Für Politikwissenschaftler und Politikberater ist der Effekt derjenigen Determinanten von besonderem Interesse, die politisch beeinflussbar sind. Dabei ist die Vorhersage des Effekts möglicher zukünftiger familienpolitischer Entscheidungen von zentraler Bedeutung. Hinsichtlich des politischen Einflusses sind die folgenden drei Fragen forschungsleitend: